

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 41.

Halle, Mittwoch den 18. Juli 1917.

1. Jahrgang.

Das verschleierte Bild.

In diesem Donnerstag soll also die Hülle fallen, die jetzt noch das politische Bild des neuen Reichskanzlers den Blicken der Welt verbirgt. Es ist fürwahr höchste Zeit, daß dies geschieht, wenn sich nicht der Blick dieser höchst festlichen Situation bemächtigen soll. Alle Zeitungen sind darin einig, zu versichern, daß Dr. Michaelis ein ungewöhnlich energischer Mann ist, und daß er das, was er will, auch erzwingen wird. Bloß, was er will, das weiß kein Mensch.

Der neue Reichskanzler hat am Sonnabend mit den Vertretern der Reichstagsmehrheit, am Sonntag mit jenen der Minderheit Besprechungen gehabt. Der Wunsch wird ausgesprochen, das Ergebnis dieser Besprechungen vertraulich zu behandeln, und diesem Wunsch ist auch von der Presse der Mehrheit Rechnung getragen worden. Ein anfänglicher Journalist, mag er auch verständig die

Gehemtnerei verurteilen,

wird niemals eine Nachricht in die Öffentlichkeit schleudern, die ihm unter dem Siegel der Vertraulichkeit mitgeteilt worden ist.

Die Presse der Minderheit war indessen etwas weniger zimperlich. Der „Köln-Anzeiger“, ein Blatt, das von journalistischen Entstellungen lebt, aber meist von falschen, verunstaltet ein Stimmungsbild von der Besprechung mit der Mehrheit, worin gesagt wird, daß alle Teilnehmer von deren hohen und sicheren Weisheit, in der sich der neue Reichskanzler stieß, auf das erfreulichste berührt gewesen seien. Keine andere Genehmigung sei es ihnen gewesen, zu beobachten, welches vollständige Einvernehmen zwischen dem neuen Kanzler und den beiden Vertretern der Obersten Exekution bestehe. Die Teilnehmer hätten einen

überaus günstigen Eindruck

dieser Besprechung mitgenommen. Zu den Herren, die auf das erfreulichste berührt gewesen seien und einen überaus günstigen Eindruck erhalten haben sollen, gehören u. a. Graf Westarp und Herr Doktor Sicker. Angenommen, der Stimmungsbericht des „Köln-Anzeigers“ wäre richtig, welche Weisheit müßte dann wohl Michaelis den Herren vorgetragen haben, um solche Gerechtigkeit ihnen zu erregen?

Aus der Besprechung vom Sonnabend, der Besprechung der Reichstagsparteien mit dem neuen Kanzler ist nicht gesagt worden, daß die Teilnehmer freudig berührt gewesen seien und einen günstigen Eindruck mitgenommen hätten. Wir können aber versichern, daß auch das Gegenteil durchaus nicht der Fall ist. Die Vertreter der Mehrheit haben aus jener Besprechung nicht den Eindruck gefaßt, als ob Dr. Michaelis den Vertretern der Minderheit Dinge sagen könnte, die sie besonders angenehm behören würden.

Am dem Abend der Besprechung mit der Mehrheit ist das bis dahin zurückgehaltene Friedensprogramm des Reichstags durch das Wollfische Telegrammbüreau veröffentlicht worden. Man darf vielleicht vermuten, daß die Verhandlungen sowohl mit der Mehrheit, wie mit der Minderheit in erster Linie diesem Friedensprogramm gegolten haben. Und da steht nun die Welt vor einem Rätsel.

Am Abend der Besprechung mit der Mehrheit wird deren Programm offiziös veröffentlicht, am Morgen nach der Besprechung mit der Minderheit wird uns berichtet, daß der neue Reichskanzler und Graf Westarp ein Herz und eine Seele seien!

In der Presse wird allgemein angenommen, daß sich der Kanzler auf den Boden des Mehrheitsprogramms zur Friedensfrage stellen werde. Und doch sind Westarp und die Mehrheit von ihm begeistert. Erkläre sich das, wer da will! Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Stimmungsbericht des „Köln-Anzeigers“ ist falsch, oder Dr. Michaelis beginnt da, wo Verbrüderung-Gebete geendet hat. Dann werden sich auf ihn wiederum sowohl die An-

hänger wie die Gegner des Eroberungskriegs berufen, nach seiner Programmrede im Reichstag wird man in Gruppen beisammen stehen und sich fragen: Was hat er nun eigentlich gesagt? Ausdeutungen und Umdeutungen, Auslegungen und Unterlegungen wird Tür und Tor geöffnet sein.

Und das wäre wohl das Schlimmste, was dem neuen Reichskanzler und dem Reiche passieren könnte. Ist er ein Anhänger der Inneren Union, so mag er es sagen, daß er es ist. Klare Verhältnisse, offene Gegnerschaften werden

tausendmal besser

sein als gewollte Unklarheiten und laue Freundschaften.

Die alldeutsche Presse hat sich in diesem Fall als ein Teil von jener kraft erwiesen, die Böses will und Gutes schafft. Ihre anfällige Anbiederung an den neuen Reichskanzler hat die Parteien der Linken doppelt vorzüglich gemacht. Von einem Vertrauen, das sie dem neuen Mann entgegenbrachten, kann auch nicht im entferntesten die Rede sein, dieses Vertrauen wird er sich erst durch ein entsprechendes Verhalten verdienen müssen. Es ist ihm gewiß nicht von vornherein zuzutrauen, daß er der Form nach dem Friedensprogramm des Reichstags zustimmen werde, um es der Sache nach zu verleugnen. Die alldeutsche-reaktionäre Presse, die ihm das und, wie es scheint, noch andres zutrifft, hat um des Mißtrauens der Mehrheitsparteien geschärft, das nach Webers berühmtem Wort eine demokratische Tugend ist.

Die Lobgesänge der alldeutschen Presse auf Michaelis haben die

Situation ganz gewiß nicht geklärt.

Sie haben vielmehr in die ungesunde Mehrheit des Volkes, die von der Reichstagsmehrheit repräsentiert ist, eine keimerferbere Unruhe getragen. Ob es dem neuen Kanzler gelingen wird, das Mißtrauen zu entwurzeln, die Unruhe zu befähigen, wird sich aus seiner Reichstagsrede am Donnerstag ergeben, die die ganze Welt in hoher Spannung erwartet.

Die Wirkung nach außen.

Die Verfassungskrise, die Deutschland gegenwärtig durchläuft, wird im feindlichen Ausland natürlich auf die Ertüchtigung der deutschen Siegesgewerke zurückgeführt. Insofern stürzt sie den Zerstückelungswillen der Feinde und wirkt im Augenblick für die Erreichung eines Friedens nicht günstig. Etwas ganz anderes ist die Frage, wie die eiserliche Durchführung der Demokratisierung im Ausland aufgenommen werden würde. Die feindlichen Reaktionen und die Kriegshetze Englands und Frankreichs hat es natürlich nicht auf Demokratie in Deutschland, sondern auf Deutschlands Niederlage und Auslöschung abgesehen. Deshalb verächtlich ist jede Art innerer Reform in Deutschland als bloße Falle, als Trick der Hohenzollern, die — wie jene bekant — sonst unvermeidliche Niederlage abzuwehren und einen raschen Frieden zu erlangen.

Aber diese Kriegshetze Englands und Frankreichs hat es natürlich nicht auf Demokratie in Deutschland, sondern auf Deutschlands Niederlage und Auslöschung abgesehen. Deshalb verächtlich ist jede Art innerer Reform in Deutschland als bloße Falle, als Trick der Hohenzollern, die — wie jene bekant — sonst unvermeidliche Niederlage abzuwehren und einen raschen Frieden zu erlangen.

Deutschlands Demokratisierung ist also, wie Scheidemann geschrieben hat, kein unfehlbares Mittel zum Frieden, wohl aber eins, das ehrlich versucht werden muß.

Der Reichstag.

Am Freitag soll der Reichstag sich bis zum September vertagen. Der Hauptausschuß und der Verfassungsausschuß werden vor der Vertagung keine Sitzungen mehr abhalten; beide Ausschüsse werden aber vor dem Wiederaufammentritt des Reichstags, voraussichtlich im ersten Drittel des September, wieder zusammentreten, um gründliche Vorarbeiten für die Plenarsitzungen zu leisten.

Am Donnerstag wird der neue Reichskanzler Doktor Michaelis im Reichstag einleitende Ausführungen machen. Auch die von den Mehrheitsparteien verfaßte Kriegszielresolution soll erörtert werden.

Die interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsvertreter gehen täglich weiter. Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt hierzu, es sei bei der immer noch gespannten politischen Situation nur zu begrüßen, daß die Mehrheit sich bei dem weiten Gange der Dinge nicht ausfallen lassen will, sondern es für selbstverständlich hält, zu allen aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Die Besprechungen haben naturgemäß vertraulichen Charakter, aber es könne gesagt werden, daß die Mehrheit des Volkes jedenfalls erwarten darf, daß sich der Reichstag bei dem gegenwärtigen Spiele der miteinander ringenden politischen Kräfte nicht in den Hintergrund drängen und die Stellung und das Ansehen des Parlaments sowohl dem In- wie dem Ausland gegenüber kräftig wahren wird.

Die Kriegsverlängerer.

Der „Unabhängige Ausschuss“ ist ein deutscher Frieden“ hatte am Sonntag seine Vertrauensmänner aus dem ganzen Deutschen Reich zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Professor Dr. Dietrich Schäfer hatte das einleitende Referat über die allgemeine politische Lage, Superintendent Rhode aus Schildberg (Pölsen) behandelte die Verhältnisse in Kongresspolen und Kurtzgerat Wagner (Berlin) deren Mitwirkung auf die Ostmark. In neuen Leitfäden wandelten sich die Anwesenden gegen die Errichtung eines freien Königreichs Polen, das eine dauernde Gefahr des Deutschen Reiches sein würde. Das Deutsche Reich müsse noch für lange Zeit die politische, militärische und wirtschaftliche Oberleitung des etwa entstehenden polnischen Staatswesens in der Hand behalten. Die russischen Staats- und Kronrenten müßten Eigentum des Deutschen Reiches werden. Kurland, Litauen, das Gouvernements Smolok und die jetzt von den deutschen Truppen besetzten Teile der Gouvernements Wilna, Grodno und Minsk dürften nicht mit Polen vereinigt werden, sondern müßten als besondere Verwaltunggebiete dem Deutschen Reich angegeschlossen werden.

Der Reichstagsabgeordnete (Hilf Gotha), eine dem „Unabhängigen Ausschuss“ verwandte Organisation, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er eine sehr hohe Kriegszieleinstufung fordert. Das politische und wirtschaftliche Ziel der Zukunft müsse sein, die germanischen Staaten Mittel- und Nordeuropas zu einem Schutz- und Verbündnis und mit den wirtschaftlich abhängigen Nordstaaten zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet zu vereinigen.

Dies ist so ziemlich das Letzte, was auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist, und wird von der westlichen Presse als Beweis für die deutschen Vorkriegsabsichten angesehen. Auch in Ausland werden solche Resolutionen einen ausgezeichneten friedensfördernden Eindruck machen.

Rechts tun, aber schimpfen.

Die gegenwärtige große Reichstagskrise läßt sich in ihren Ergebnissen noch nicht genau absehen, aber jedenfalls wird sie die deutsche Freiheit ein gut Stück vorwärts bringen. Die Sozialdemokratie gewinnt eine Reichstagsmehrheit und wahrscheinlich auch eine Regierung für den Frieden ohne Entschädigungen und Eroberungen; sie gewinnt eine Regierung für das gleiche Wahlrecht in Preußen und für die Anfänge einer parlamentarischen Regierungswelt.

Die Krise entstand unmittelbar auf folgende Weise: 8 Tage vor dem Zusammentritt des Reichstags überreichten Fraktions- und Parteivorstände dem Reichstagskanzler ein Memorandum über die Stellung der Sozialdemokratie zu den neuen Kriegsfreibern; ihre Bewilligung sei nur dann möglich, wenn der bereits mehrfach bekundete Wille zum Verständigungsfrieden und zum gleichen Wahlrecht in Preußen ungleich über jeden Zweifel hinaus hergestellt und zur Tat würde. Die Forderungen waren schriftlich niedergelegt, damit sie in der richtigen Form auch dem Hauptquartier bekannt würden. Als dann der Reichstag zusammentrat, sprachen unsere Genossen Ebert, Noske und Doh mit großer Schärfe im gleichen Sinn und überzeugten die bürgerlichen Parteien, daß die bisherigen Selbst- und Zweideutigkeiten zu einer Katastrophe führen müßten, daß Klarheit unbedingt not tue. Daraufhin hielt am Freitag den 6. Juli Erzberger seine Rede, durch die die ganze Krise zum offenen Ausbruch kam.

Presse und Fraktion der Unabhängigen hatten nicht das mindeste für diese praktische Finanzfrage der Demokratisierung und Friedensforderung getan. Nicht nur das, sie waren auch gänzlich ununterrichtet, beurteilten die Lage vollkommen falsch und hielten sich über ihre Unwissenheit mit dummen Späßen hinweg. Am Sonnabend den 7. Juli mußten sie nach gar nichts zu sagen; so rasch geht das bei ihnen nicht. Am Montag hatten sie sich unmöglich zurechtgefunden und begannen, zwar nicht zu begreifen, aber zu schimpfen.

Unter der Ueberchrift „Verühmungspuber“ schrieb die „Berliner Arbeiterstimme“:

Bei den Regierungsozialisten herrscht das Chaos. Alles läuft durcheinander, Feuerwerk wird sinnlos und planlos abgebrannt und mit Blutsparanen geschossen, um die herrschende Macht zu erhalten und den Abhängigen vorzutauschen, die Regierungsozialisten seien eine Gruppe eigenfertiger Männer, die der herrschenden Gesellschaft und insbesondere der Regierung sehr viele Vorteile bringen. Am 9. Juli abends — merkt es euch, ohndes um 9 Uhr! — rüdten sechs Männer dem Reichstagskanzler auf die — beinahe hätten wir gesagt: Fude.

In diesem Lunde geht es in der Darstellung der Krise weiter, um zu dem Schluß zu gelangen:

Was soll das heißen? Auf kein soll es Einbruch machen und was nicht dahinter? Nichts nicht dahinter, als eine verhehlte Politik verwegener Männer; oder was nach

schlimmer ist, eine Täuschung gutgläubiger Arbeitermassen. Das Ganze ist ein Verühmungspuber für die Massen, die den Regierungsozialisten davon laufen. Das verwegenste Unschickliche wird nichts nützen.

Manchmal höhnte die „Leipziger Volkszeitung“ über das „Ansehen hinter den Kulissen“, über die Reden, die man „den verühmten Bünen des Reichstagslers“ anvertraue. Sie rühmte dagegen die Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten, von deren Tätigkeit sie freilich weiter nichts zu berichten wußte, als daß sie an der ganzen Aktion nicht teilnahmen.

Dann fiel der Chor der kleineren unabhängigen Blätter ein. Die „Reichliche Tribune“ schrieb am Dienstag den 10. Juli, am Tage, bevor der Erlaß über das gleiche preussische Wahlrecht unterzeichnet wurde:

Bei ruhiger Betrachtung kommt man zu der Auffassung, daß das ganze Krisengerede übertrieben ist. Die Regierung lavierte bisher zwischen beiden Richtungen, und sie wird weiter laviere.

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wottete noch: Die ganze Aufregung rühre von der Jagd nach der Formel her. Es handle sich nur darum, eine Formel zu finden, die verhindert, daß im Reichstag ernsthaft debattiert werde: „Die unabhängige Sozialdemokratie nimmt an der Stillenarbeit nicht teil; sie überläßt die Jagd nach der Formel den Reuten, denen es als die wichtigste politische Arbeit der Gegenwart erscheint, noch ein neues Stück Papier vollzuschreiben.“

Erst am Mittwoch den 11. Juli, dem Tage des Wahlrechtserlasses,

merkten die Unabhängigen, was los war; erst am Mittwoch begriffen sie den ganzen Umfang der Aktion für den Frieden und die deutsche Freiheit. Rest ließ sich die „Leipziger Volkszeitung“ plötzlich aus dem Reichstag unter der Ueberchrift „Eisengans“ schreiben: „Ganz plötzlich ist das bürokratische Regierungssystem in Deutschland zusammengebrochen.“ Der Abgeordnete führte Beisprüche, daß die Verhandlungen über die neue Friedensformel „unter Umgehung der unabhängigen Sozialdemokraten“ stattfänden, obwohl doch die Hauptforderungen der Unabhängigen darin enthalten seien. Erst sehr spät hätten die Freijünglichen den Verzicht gemacht, auch die Zustimmung der Unabhängigen einzuholen, aber es brauche wohl nicht ausdrücklich gesagt zu werden, daß die Unabhängigen nicht mitarbeiten würden.

Am liebsten fand die „Leipziger Volkszeitung“ auch noch an diesem Tage, daß die „Vote“ von Regierungsführern den Regierungsozialisten sehr schlecht finde.

Am Donnerstag den 12. Juli wurde die Verkündung des gleichen Wahlrechts für Preußen allgemein bekannt. Nun war guter Haß teuer. Daß die Unabhängigen das irgend etwas beigetragen hätten, ließ sich doch nicht gut behaupten. Also schrieb die „Leipziger Volkszeitung“, man wisse ja noch nicht, ob das Reichstagswahlrecht wirklich in

Preußen durchgeführt werde. Außerdem sei auch dieses noch sehr unvollkommen, und vor allen Dingen sei die

Wahlrechtsfrage gar nicht so wichtig.

sei nur eine Selbstverständlichkeit, das Entscheidende sei die Einführung der parlamentarischen Regierungsform. Es müßte sich zeigen, ob der sogenannte Mittelblock das auch so freudlich leisten werde.“ Schließlich aber wird ihm beim alten Weiden, der Berg wird getreift, aber nur ein Mann geboren haben.

Das gleiche Wahlrecht taugt eben gar nichts mehr, und die Sozialdemokratie es erobert hat. Bevor es freilich weit war, hatte noch am Sonnabend den 7. Juli die „Leipziger Arbeiterstimme“ in Solingen geschrieben: „Es ist kein Zweifel, daß die schönen Fortschritte auf der weiteren der Volksrechte zerplatzen wie Seifenblasen.“

Nachdem aber die sächsischen Sozialisten sich vermittellicht haben, schreibt zum neuen Wahlrechtserlaß der „Gothaer Generalanzeiger“ sein Wort weiter als: „Es steht es nun aber mit dem Frauenwahlrecht und wie wird dem Vergehen?“ Dabei hat er Angst, daß seine Partei das gleiche Wahlrecht in Preußen etwas höher einschätzen könnten, und darum wird im Leitartikel den Unabhängigen erklärt:

Für die sozialdemokratische Partei kann es kaum eine größere Blamage geben als die augenblickliche Situation. Nicht die Regierungsozialisten haben einen Trud ausgeübt, das hat vielmehr das Zentrum durch den Abgeordneten Eysenberger besorgt. ... Und dieser Erfolg des Verlorenen der Zentrumspartei soll nur dazu dienen, die Opponenten in der sozialdemokratischen Fraktion sich zu helfen, und wird drängt man sich nach Ministerposten und will die Parteimitglieder glauben machen, die Krise sei eine Folge treuherren Aufstrebens der — Scheidemann. Das ist politische Hochkaperei, die den Kredit der Regierungsozialisten noch weiter untergraben muß.

Man faum die Haltung der Unabhängigen in dieser großen Entscheidungszeit des deutschen Volkes also zusammenzufassen, daß sie beweist, kritisch: es ist überhaupt nichts los, nur blinder Eifer — Verühmungspuber; zweitens: es ist gar nichts erreicht worden und wird auch nicht erreicht werden, es bleibt alles beim alten; drittens: was erreicht worden ist, ist nichts wert, das gleiche Wahlrecht in Preußen hat nichts zu sagen; und viertens: wenn doch etwas erreicht sein sollte, dann hat es gar nicht die Sozialdemokratie geschafft, sondern — das Zentrum und Eysenberger.

Lieber wahrheitswidrig Zentrumsprowaganda, den, als zugeben, daß ein großer Erfolg auf das Konto Sozialdemokratie kommt!

Die Unabhängigen aber stehen draußen, tun und nicht schimpfen. Das ist „redlich“, fördert Klassenkampf und bringt die deutschen Arbeiter vorwärts zu Macht, Geschlossenheit und Einfluß! —

Was der Krieg bringt.

Der Seekrieg.

67 Flugzeuge versenkt. Nachträglich ist festgestellt worden, daß ein Dampfer, der in den unter dem 8. Juni bekanntgegebenen U-Boot-Ergebnissen enthalten ist, laut Zedelle n. a. 67 verpatete Flugzeuge und Flugzeugmotoren von Amerika für Frankreich geladen hatte.

50 Millionen Schadenersatz. Die dänische Kriegserklärung hat seit Ausbruch des Krieges bis zum 31. März die vier verlorengegangenen Schiffe und die Besatzungen im ganzen 50 Millionen Kronen angesetzt. Von dieser Summe entfallen bei Prämienzahlungen von 36 Millionen rund 37 Millionen Kronen auf Schiffe und bei Prämienzahlungen von 21 Millionen rund 13 Millionen auf Besatzungen.

Verenkt. Das Ministerium des Meeres gibt bekannt, daß die dänische Dampfer „Vordingborg“, auf der Reife von Cardiff nach Duxia mit Kohlen und „Mandel“, auf der Reife von Gonia nach England mit Gebäuden, sowie die dänische Dampfer „Atlantia“, auf der Reife von Cardiff nach Kopenhagen, versenkt worden sind. Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist der norwegische Dampfer „Balager“ (1720 Br.-Reg.-T.) am 12. Juni auf eine Mine gelanden oder tospiciert worden. Der Dampfer ist gesunken. —

Russischer Bericht.

Vom 15. Juli. Westfront: Am Uferlauf des Donnicajflusses Gewehrfeuer. Südwestlich von Malin greift der Feind zu wiederholten Malen unsere Truppen an. Die Front Polchowiano — Romeno leicht halten. Alle Angriffe wurden abgelenkt. Am Laufe der Kämpfe in der genannten Gegend machten vier 16 Offiziere und 600 Mann zu Gefangenen. In der Gegend von Wjagan (?) waren unsere Truppen nach einer Reihe heftiger Angriffe die Centerlicher aus ihren Stellungen und brachten etwa 1000 Gefangene und Wafmengebede ein. In dem Hebergangsbereich für die Besatzungen über den Komarowitz in der Gegend von Berezino ging der Feind zum Angriff über und verurteilte, unsere Abteilungen auf das rechte Ufer des Donnicaj zurückzutreiben. Unser Angriff bei Stibianow (?) löst auf freilich Widerstand des Feindes. Regelmäßig verurteilte hartes Geigen der Donnicaj und des Dnieper. Wader werden sich in Nähe verwendet und überfluten die Gräben. Am 14. Juli ist die Lage unverändert. An dem am 14. Juli in der Lage unverändert. Kaukasusfront: In der Richtung auf Wan haben unsere

Aufflächer einen vorgeschobenen Feindes auf dem linken Ufer des Russes Arschik-Datschi, 10 Werst westlich von Woiwana (?), gewonnen. In die Verhuten vertrieben die Truppen der Gegend nördlich von Serdich sowie von den Höhen 20 Werst südwestlich von Wan. Schwarzes Meer: In der Unterseeboot hat in der Gegend des Bosphorus zwei beladene Geboellen versenkt. —

Die norwegische Bombenaffäre.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht nunmehr den norwegisch-deutschen Notenaustausch, durch den die Bombenaffäre den Christiania zu diplomatischem Austrag gekommen ist.

Eine norwegische Note an Deutschland vom 28. Juni belagt:

Durch die Ermittlung der betreffenden norwegischen Behörden ist nachgewiesen worden, daß der Kurier der kaiserlichen Regierung, von Kautensfels, als solcher Bomben und andere Sprengmaterialien nach Norwegen eingeführt hat. Die Bomben sind in Privatwohnungen, zu welchen von Kautensfels und die anderen Mitführenden Zutritt hatten, aufbewahrt worden, und den Ermittlungen zufolge ist anzunehmen, daß ein Teil der Bomben schon benützt oder ein Versuch der Benützung gemacht worden ist. Die Aufschichten der betreffenden Umstände bezeichneten als Abfender das kaiserliche Auswärtige Amt und als Empfänger die kaiserliche Gesandtschaft in Christiania.

Die kaiserliche Regierung sieht sich deshalb veranlaßt, der kaiserlichen Regierung gegenüber einen entschiedenen Einspruch zu erheben gegen diesen ersten Mißbrauch des Kurier-Privilegiums und die Verletzung des norwegischen Territoriums und steht einer Ausrückung der kaiserlichen Regierung entgegen.

Darauf antwortet am 9. Juli die deutsche Regierung mit längeren Ausführungen, die in folgenden Worten abgelesen:

Die deutsche Regierung mißbilligt ausdrücklich das eigenmächtige und in keiner Weise zu rechtfertigende Vorgehen der nachgeordneten Stelle und hat wegen dieses Mißbrauchs des Kurier-Privilegiums ein

disziplinarisches Verfahren gegen die Beteiligten eingeleitet und ist der deutsche Gesandte in Christiania beauftragt worden, die norwegische Regierung bezogen das Sachfache den der deutschen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Ferner ist Vorfrage dafür gestellt worden, daß in Zukunft von Berlin ausgehende Kurierposten im Auswärtigen — unter Verantwortung eines höheren Beamten auf seinen Kopf gepreßt wird.

Was den Kurier selbst anlangt, so hat die deutsche Regierung aus dem ihr vorliegenden Material die Hebergangswonnen, daß er von dem Inhalt der in Rede stehenden Schiffe Kenntnis erhalten hatte. Es wäre seine Pflicht gewesen, dem Auswärtigen Amt davon Meldung zu machen; da er unterlassen hat, ist er seiner Stellung als Kurier entzogen worden.

Weiter wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Angelegenheit der Strafjustiz übergeben habe, das wird gegen die (später wieder aufgehobene) Verhaftung des Kuriers in Norwegen Vernehmung einzuleiten. Beisichtigt wird, daß die bloße Durchfuhr und zeitweilige Einlagerung von Sprengstoffen eine Verletzung der norwegischen Neutralität in sich schließt, und es wird darauf hingewiesen, daß die Gegner Deutschlands große Mengen von Munition durch Norwegen durchzuführen. Zum Schluß heißt es:

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die vorstehenden Mitteilungen die norwegische Regierung von ihrem ernsten Abficht, gegen vorgekommene Verletzungen mit aller Nachdruck einzuschreiten und eine angemessene Gegenmaßnahme zu ergreifen werden, und daß infolgedessen der von ihr sehr bedauerte Vorfall die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht weiter beeinträchtigen wird.

Die norwegische Öffentlichkeit hat sich, wie wir bereits gestern berichteten, von der deutschen Antwortnote sehr befriedigt gezeigt. Man darf daher wohl annehmen, daß die deutsche Regierung die Angelegenheit für befriedigend erledigt hält und der im Schluß der Note ausgesprochene Wunsch der deutschen Regierung erfüllt wird.

Eine Die schaft neue an der 8. Beim n des Beel SausBrä leiten v unerträgl Der können, Produktiv herrliche Unpartei voll befähig rednerne follen d folgen je bed bei geordnet man und der Bev recht Fro immer e Bevölkerung verlor f Luftfrage das Ver Die die Regi schaft in Erziehung Bevölkerung ten das Neb mäßig (Generall an Seign geregel zett edmet n Engrösser manendr Schlußf Ernst die sie gipfel ab für d wenn Dur der Kob stämmen Die Herorb teitung f darüber Gnerig ganz un Den forps r 28. Zur der Aufgabo tritages ericht u sehr n d teilt. Di leht be de ution über dert e M fr Kr von ma schaftst überge fettes 28. S nicht zu v Ausy meil Rißg lichen Stra der v bezir richte Ken io in erleb Atte ihre Arb Zeit hür hah

Die große Zeit.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir:

Es wäre schade, wenn die Ergebnisse des Prozesses Supper im Bewußtsein der Zeitgenossen unbedenkt untergingen, während sie in einer künftigen Sittengeschichte des Krieges sicher ihre Rolle spielen werden. Der Eindruck ist höchstens durch gemildert, daß manche Illusionen, die sie zeitlichen dämmen, schon seit längerer Zeit angegriffen vieler Erfahrungen unsere täglichen Seinsleben sehr brüdig geworden waren. Oder ahnte man nicht etwa schon sehr lange, daß die Menschen durch den Krieg nicht jählich zu Halbgöttern geworden sind? Wieviel, es war ein jähwecker Zerrum, zu glauben, daß der Krieg nur die jütischen Kräfte werde. Die Sieger, er hat aus den Trieben und Verdränschaften fast unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet und vielen die Gelegenheit gezeigt, die wie sich nun offenbart, das einzige war, was ihnen im Frieden noch gefehlt hatte.

Die Milliarden rollen.

Und im Rang um das goldene Kalb dreht sich eine riesige buntengefarbte Menge.

Ihre Typen sind ziemlich vollständig durch das Vorzimmer der Dame Supper besetzt. Offiziere und adlige Damen, Großkaufleute und Aufsteigende, edle und gelehrte Herren, kleine Leute männlichen und weiblichen Geschlechts, Chefs und Angestellte, Schreibmaschinenräuber und Träger alter Namen und hoher Titel, sehr nationale Herren und andre viel harmlosere, die sich um ihre nächstliegenden Kriegsziele selbst bemühen.

Was sie suchten? Alle dasselbe: 30 Prozent Gewinn in 14 Tagen! Die 30 Prozent versprach ihnen die Frau Supper. Und vielen hat sie es auch wirklich besorgt.

Ihr Geschäftsbetrieb war einfach. Mit einem geborgten Anfangskapital von 300 Mark hatte sie sich etabliert; eine Anzahl von gefälligen Brüdern, die den Anschein erweckten, als ob sie für verschiedene Vereschäften in großer Umfang mit dem Anlauf von Lebensmitteln tätig sei, vervollständigten die Einrichtung. Daraufhin ließ sie sich Geld gegen Gemeinbeteiligung. Mit dem Gelde, das ihr heute anvertraut wurde, zahlte sie das Geld, das ihr gestern übergeben worden war, mit „Gewinnanteile“ zurück. Und da der Ruf von den glänzenden Gewinnen, die sie vermittelte, ihr immer größere Geldanlagen zuführte, so konnte sie dieses Geldwechselfspiel zwei Jahre lang treiben. 6.700.000 Mark sind von ihr eingenommen und ausgezahlt worden; das Ergebnis war, daß ein Teil ihrer Kundenfort einige Millionen gewonnen hatte, die der andre Teil verlor, weil er die Rückzahlung erforderte, als nichts mehr einloß und nichts mehr da war.

Dieser einfache Tatbestand konnte nicht verhindern, daß nur ein kleiner Teil der glücklichen Gewinner es für angemessen fand, das angeblich verdiente Geld denen zurückzugeben, denen es gehörte; zahlreiche andre fühlten sich nicht veranlaßt, den fehlerhaften Kreislauf des Geldes wenigstens nachträglich in dieser Weise richtigzustellen.

Einmal war in dieser Jagd nach dem großen Gewinn Frau Supper noch die bescheidenste. Sie hat in den 2 Jahren für ihren „zur bürgerlichen, gemäßigten“ Hausbau 70.000 Mark verbrannt. Das war alles, was von den 8½ Millionen an ihren Händen hängenblieb. Manche ihrer Kunden haben ein Mehrfaches davon durch sie empfangen. Und schließlich hatte sie allein noch die Mühe von dem sicher nicht mühelosen Schwindelei! Sie allein ist auch am Ende aus den freilich etwas verpönten Gedanken gekommen, daß sie eheliche, nahrungsreiche Geschäfte machen müsse, um sich von ihren Verpflichtungen zu befreien. Die andern begnügten sich damit, beruhigt zu glauben, daß es sich um wirkliche Geschäfte handelte.

Nur von einem einzigen Kunden bemeldet der Gerichtsbericht, daß er verlangt habe, nicht nur an Gewinn, sondern auch am Verlust beteiligt zu werden. An den Verträgen mit den andern fehlte die Bestimmung dardurch, ohne daß sie sich beschwerten. Konnte man denn überhaupt verlieren? Es waren doch Geschäfte in Lebensmitteln! Und es waren Geschäfte mit dem Staate! Kriegslieferungen von Lebensmitteln an das Heer. Jeder von den 183 Kunden der Frau Supper war ohne weiteres überzeugt, daß bei solchen Geschäften Gewinne in solchen Reichentum selbstverständlich, angemessen, regelmäßig und patriotisch seien.

An ein paar geschäftsfundige Zeugen wurde im Laufe der Gerichtsverhandlung die Frage gerichtet, ob sie denn nicht auf den Gedanken gekommen wären, daß so ungeheure Gewinne in so kurzer Zeit unmöglich auf rechtmäßige Weise erworben werden könnten, daß es sich hier um ganz ungeheure Wundergeschäfte, um eine ungeheure Ausnutzung der Notlage des Staates handle. Und wie lautete die Antwort? Sie befanden übereinstimmend, sie hätten nichts Auffälliges in diesen Gewinnen gefunden, da man ja auch in ihren Branchen mit eben solchen Gewinnen rechnet!

Man wundert sich angesichts solcher Bekundungen nicht mehr, daß die monatlichen Kriegsausgaben jetzt die Höhe von zwei Milliarden Mark glücklich erreicht haben. Man konstatiert nur, daß sich Herren und Damen der „leiten“ Kreise nicht beschreiben fanden, aus vermeintlichen Vereschäftigungen Gewinne von solcher Höhe einzufleischen, ohne auch nur einen Finger zu rühren.

Frau Supper erhielt 2 Jahre und 5 Monate Gefängnis, weil sie richtig auf die Spekulationsgier ihrer Freunde spekuliert hatte. Diese aber, soweit sie nicht zu den Leidtragenden gehören, leben und genießen auch im Kriege recht angenehm im „Schlaraffenland“.

Die Bedrängnis der Neutralen.

Im dänischen Folkething brachte der Innenminister Rode eine Vorlage ein, durch die Maßnahmen vorgeschlagen werden, die dazu bestimmt sind, die dänische Volksernährung im kommenden Erntejahr von den Zufuhren aus dem Ausland unabhängig zu machen. Da die Entente gedroht hat, die neutralen Staaten von jeder Zufuhr abzusperren, wenn sie sich nicht der Entente fügen, werden die von der Regierung

vorgeschlagenen Maßnahmen namentlich in der Lebensnotwendigkeit der Getreidebereitstellung durch den Staat und der Zahlung von Zuschüssen an die Schwereindustriellen bestehen, um die Fleischpreise auf einer mäßigen Höhe zu erhalten. Die Ausgaben des Staates hierfür werden auf 50 Millionen Kronen veranschlagt. Der Minister sagte in seiner Begründung, daß die Ausfuhr für Zufuhren aus dem Ausland immer mehr ausbreite. Wenn auch zu hoffen sei, daß die angebotene vollkommenste Abfederung nicht so streng durchgeführt werde, sei möglicherweise jedoch den Neutralen eine strenge „Abmagerungslust“ zugebracht, um sie auf diesem Wege in den Krieg hineinzuzwingen. Die Regierung sei weiter befreit, Dänemark den Frieden zu erhalten und das Land vor einer Hungersnot zu schützen, die sich im übrigen Europa immer mehr ausbreite.

Nach einem Amsterdamer Blatte wird der „Times“ aus Neapel gemeldet: Der niederländische Gesandte in Washington habe in einem Pressegespräch erklärt, die Niederlande würden streng neutral bleiben, außer wenn sie angegriffen würden. Mein Drud, der auf die Bevölkerung auswirkt, werde, und seine Erziehung irgendwelcher Art würden an der Haltung des Landes irgend etwas ändern. Die Niederlande führten mehr nach England aus als nach Deutschland und sie würden mit der Ausfuhr nach Deutschland nicht aufhören, ohne gleichzeitig auch die Ausfuhr nach England einzustellen. Wenn die Vereinigten Staaten kein Getreide mehr nach Holland ausführen, so würde das bedeuten, daß die Kriegsfangenen und die Belgier, die im Lande verpflegt werden, kein Brot mehr erhalten würden. Die Hauptfrage für Holland sei eine absolute unparteiische Neutralität. Aber man dürfe deshalb nicht denken, daß Holland seinen Krieg führen könne. Wenn seine nationale Ehre auf dem Spiele stände, würde die Gefahr einer eventuellen Niederlage das Land nicht vor dem Kriege zurückführen.

Wenn das den englischen Hofkreisen nahesteheende Wochenblatt „The Truth“ recht unterrichtet ist, plant die Entente, wegen des Schiffal Griechenlands zu berieten. „The Truth“ erzählt, daß England die norwegische Küste als Flottenbasis für einen Angriff auf die deutsche Küste dringend brauche. Norwegen müsse deshalb zur Kriegserklärung an Deutschland und zum Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente gezwungen werden.

Teuer muß es sein...

Die Mode muß immer mit der Zeit gehen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Pariser auf einen besonders angemessenen Einfall gekommen sind. Auch bei ihnen benutz die Entente wofollos auf den Absatz benieder, fühlten die Menschen über die unerträgliche Dürre.

Aber was ist die Mode des Tages? fragt „L'Echo“. Der Reder hat, den jede Frau, die Anspruch auf Eleganz erheben muß, jedes ein Gut läßt keine Luft durch, ist schwer und heiß, bequämlig, elegant und schick. Aber er muß getragen werden. Denn Leder ist inapp, Leder ist teuer. Und Strohhut ist leider noch nicht genügend im Preise gestiegen, um einen Hut abzugeben, mit dem sich ein anständiger Mensch sehen lassen kann.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, Mittwoch den 18. Donnerstag den 19. Freitag den 20. Juli 1917 bei den von ihnen gewählten Großhändlern das für zwei Verteilungen bestimmte Material abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 17. Juli 1917.

Der Magistrat.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Wärmelade II** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am **Mittwoch den 18. Juli 1917** für jede Verteilung eines Wärmelades um **1/2 Uhr** und **1/2 Uhr** am **Freitag den 19. Juli** für das **Wärmelade II** abzugeben werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Wärmelade einzulösen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abrechnung der Marke 69 des Warenzeichens VII zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Gunsten der Behörde im Stadt-Ernährungsamt, Marktplan 22, 1. Obergesch. (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Vertriebsortes einzureichen.

Zumüberhandlungen unterliegen der Verordnung nach § 17 der Verordnung vom 23. September/4. November 1915.

Halle, den 17. Juli 1917.

Der Magistrat.

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jackets und Mäntel 7.50 bis 18.00 Mk. ; Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. ; Amariante Mäntel 29.75 bis 78 Mk. ; Elegante Seiden-Jackets und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. ; Covercoat-Blaisets 39.75 bis 88 Mk. ; Stoffmäntel aus gemuterten Stoffen. Samt, Taft, leicht Sommerstoffen 7.50 & 12 Mk.

Im Kaufhaus H. Elkann, Leipziger Straße 87.

Leichte Sommer-Kleidung für Herren, Jünglinge und Knaben. Friedensware. — Noch günstige Preise.

G. Assmann

Gr. Ulrichstr. 49, Hoflieferant, Gr. Ulrichstr. 49.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In Freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

